

Niederschrift über die Sitzung
am 21.03.2007

Tagungsort: Altes Rathaus, 1. Etage, Nahariya - Raum

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:15 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Herr Rüter

SPD-Fraktion

Frau Pohlreich

Herr Puhmann

Herr Tsapos

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage

BfB-Fraktion

Frau Cascante-Maristany

Migrationsrat

Frau Adilovic-Berends

Frau Betancourt-Hein

Herr Düger

Herr Erarslan

Herr Koyun

Herr Mazaca

Herr Sezen

Herr Tas

Herr Tasar

Herr Aka

Frau Argyriadou

Herr Sever

Stellvertretende Mitglieder

Frau Acar-Gökce

Herr Ntarantanis

Von der Verwaltung

Frau Irmer, Büro Oberbürgermeister
Frau Prizebilla-Voigt, Amt für Planung und Finanzen JSW

Gäste

Herr Siegeroth
Frau Lüking

Entschuldigt fehlen

Herr Önder
Herr Citak

Öffentliche Sitzung:

Frau Vorsitzende Agryiadou begrüßt die Anwesenden und stellt die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es erscheint eine größere Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern türkischer Herkunft und bittet den Migrationsrat um Unterstützung. Frau Belkiz plädiert im Namen der Gäste für die Schaffung von betreuten Wohnmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentnern türkischer Herkunft. Die Wohnformen sollten so ausgerichtet sein, dass sich die Älteren untereinander selbst unterstützen können, dass ein Gemeinschaftsraum für alle zur Verfügung steht und gemeinsame Aktivitäten unternommen werden können. Ferner wünschen sie eine kultursensible Arbeit und Betreuung in den Krankenhäusern. Da die Krankenhäuser immer noch nicht auf kulturelle und religiöse Unterschiede der Migrantinnen und Migranten eingingen, wäre es wünschenswert, nunmehr spezifische Bedürfnisse zu berücksichtigen, z.B. Pflege- und Betreuungskräfte mit Migrationshintergrund sowie geschlechtsspezifische Angebote und ein Gebetsraum.

Es melden sich als Nächstes Elternvertreter und problematisieren erneut den Umgang mit dem Muttersprachlichen Unterricht (MSU) an den Bielefelder Schulen. Für die yezidische Gemeinde Bielefeld meldet sich ein Vertreter zu Wort und erklärt, dass über 1000 Kinder kurdischer Herkunft die Bielefelder Schulen besuchten und es sei trotz Bemühungen nicht gelungen, ein Angebot einzurichten. Er wünscht die Unterstützung des Migrationsrates in dieser Frage.

Im Namen türkischer Eltern äußert sich Frau Yildirim: sie weist darauf hin, dass die Förderung der Muttersprache ein zentrales Anliegen der Eltern sei. Denn die muttersprachlichen Fähigkeiten zu erhalten und zu erweitern sowie in der Landeskunde wichtige Inhalte zu vermitteln, bedeute, sich zur Mehrsprachigkeit in dieser Gesellschaft zu bekennen. Es sei längst erwiesen: je besser die Kinder ihre Muttersprache beherrschten, umso leichter erlernen sie die deutsche Sprache. Darüber hinaus sei die Nutzung des Sprachschatzes, die natürliche Zweisprachigkeit jedes Kindes in diesem Alter ein Zugewinn. Die Stundenzahl werde seit einigen Jahren reduziert, stelle man fest. Es würden keine neuen Lehrer eingestellt und es gebe bis heute keinen konkreten Ansatz für eine Lösung dieser Problematik. Zwei weitere Elternvertreterinnen melden sich zu Wort und schildern die Situation des Unterrichts in den Schulen. So würden keine Klassenzimmer für den Unterricht zur Verfügung gestellt oder Räume, in denen die Lehrer Vorbereitungen treffen könnten. Die Verlegung des Unterrichts in den Nachmittagsbereich sei zu Recht für viele Schülerinnen und Schüler nicht

akzeptabel. Am Nachmittag fänden viele Schulaktivitäten, wie Fußball, Gymnastik, Musik, Schwimmen etc. statt. Die MSU-Lehrer hätten am Nachmittag auch nicht die Möglichkeit, mit dem Klassenlehrer ihrer Schüler zu kommunizieren. Ferner müssten die Lehrer von einer Schule zur nächsten und unter enormem Stress unterrichten.

Die Frau Vorsitzende Argyriadou merkt an, dass die Bedeutung der Muttersprache bzw. die Zweisprachigkeit der Kinder in dieser Gesellschaft noch unterschätzt werde. Sie verstehe die Anliegen der Eltern und der Migrationsrat werde weiterhin das Thema verfolgen.

Mit Zustimmung der Mitglieder wird der TOP 7 vorgezogen.

Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 1 - Drucksache *

Zu Punkt 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 21.02.2007

Frau Betancourt-Hein merkt an, sie habe in Bezug auf den Bericht der RAA gefragt, was für geschlechtsspezifische Angebote durchgeführt würden.

Herr Pohlmann weist darauf hin, dass im Protokoll seine Frage in Bezug auf den Stand des Integrationskonzeptes fehle. Er habe gefragt, wann das Integrationskonzept im Migrationsrat vorgestellt werde. Der Bericht könne gute Ansätze für mögliche Aktivitäten des Migrationsrates beinhalten. Frau Grewe habe sich bereit erklärt, dieses in einer der nächsten Sitzungen im Migrationsrat vorzustellen.

Beschluss:

Mit den vorliegenden Anmerkungen wird die Niederschrift über die Sitzung des Migrationsrates am 21.02.2007 nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 2 - Drucksache *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

- Herr Mazaca lädt die Mitglieder des Migrationsrates zum 25. Jubiläum des Sport- und Kulturclubs (SUK) am 30.04.2007, in der Gesamtschule Brackwede ein.

- Frau Cascante teilt mit:

In der Sitzung des Migrationsrates am 21.02.07 haben Eltern türkischer Herkunft, deren Kinder die Grundschule Bültmannshof besuchen, die Verlegung des Muttersprachlichen Unterrichts in den späteren Nachmittagsbereich beklagt. Ferner wurde die Unzufriedenheit über die Angebote im Ganztagsschulbereich geäußert. Die Verwaltung wurde gebeten, das Gespräch mit der Schulleitung zu suchen und das Problem im Einklang mit den Eltern zu lösen. Daraufhin habe Sie mehrere Telefonate sowohl mit den Eltern als auch mit der Schulleitung geführt. Unter Beteiligung von Herrn Sag sollte eine schnelle und positive Lösung herbeigeführt werden. So wurde am 02.03.07

ein Gespräch in der Bültmannshofschule mit der Schulleitung und Mitarbeitern der AWO geführt. In dem Gespräch wurden die Beschwerden der Eltern erörtert und schriftliche Mitteilungen der Eltern an den Migrationsrat vorgelegt. Im Gespräch stellte sich heraus, dass die Schulleiterin Frau Wandersleb die schriftlichen Beschwerden bis zu diesem Datum nicht erhalten hatte. Ferner versicherte sie, dass mit ihr keine Gespräche gesucht wurden.

Ein zweites Gespräch wurde am 13.03.07 mit der Schulleiterin, ihrer Stellvertreterin sowie der muttersprachlichen Lehrkraft geführt. Für eine Lösung wurden folgende Schritte vereinbart:

Der Sprachunterricht für die ersten Schuljahre findet wie bisher von 11.50 bis 12.35 Uhr statt. Der Unterricht für die anderen Jahrgänge, der bisher in der Zeit von 15.15 bis 16.45 Uhr angeboten wurde, wird auf Donnerstag, erste Stunde, vorgezogen. Für die zweiten Schuljahre besteht die Möglichkeit, im Vormittagsbereich gemeinsam mit den ersten und dritten Schuljahren den Unterricht zu besuchen.

Für dieses Halbjahr sei aus schulorganisatorischen Gründen und wegen der Zeitplanung der Lehrkraft keine andere Lösung möglich. Ferner versichert die Schulleitung, für das nächste Schuljahr alle Möglichkeiten zu prüfen, den Unterricht im Vormittagsbereich anzubieten. Darüber hinaus ist die Schulleitung bereit, ein sachliches Gespräch mit den Eltern zu führen. Die Schulleiterin Frau Wandersleb und Frau Hopster von der AWO haben in diesem Zusammenhang ihre Betroffenheit über die Vorwürfe, sie seien provokativ und fremdenfeindlich, zum Ausdruck gebracht. Darüber seien sie sehr verletzt. Deswegen halte sie es für wichtig, diese Missverständnisse und Beleidigungen auszuräumen. Dies sei im Sinne einer guten Zusammenarbeit auch in Zukunft notwendig. Ferner wurden diese Informationen an den Sprecher der Eltern weitergeleitet und sie erklärten ihr Einverständnis mit dieser Lösung.

- Frau Argyriadou teilt mit, dass die Vorbereitungsgruppe für den Zwischenbericht einen Entwurf erstellt habe, dieser werde in der nächsten Sitzung dem Migrationsrat zur Abstimmung vorgelegt.

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 3 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 4 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 5 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 6 Berichte aus den Ausschüssen

Es liegen keine Berichte vor.

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 6 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 7 Muttersprachlicher Unterricht in Bielefeld

Herr Schulrat Drescher erklärt, er verstehe die Unzufriedenheit der Eltern. Die Handlungsmöglichkeiten der Schulaufsicht seien jedoch beschränkt. Über die Einstellung der Lehrkräfte entscheide letztendlich das Land NRW. Er schildert zunächst die Grundlagen für den Muttersprachlichen Unterricht und informiert die Mitglieder über das Angebot an Bielefelder Schulen: Für den MSU gebe es einen Erlass vom 23.03.1992, in dem der Lehrplan für den MSU in den Klassen 1 bis 6, der Kernlehrplan für den MSU in den Klassen 7 bis 10 und die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sek. I geregelt wird. Das Ziel des MSU sei die Bewahrung der Familiensprache, die Stärkung der familiensprachlichen Identität, die Nutzung der Chancen der Bilingualität sowie der Erwerb zusätzlicher Sprachkenntnisse. In Bielefeld wird momentan MSU in folgenden Sprachen angeboten: griechisch, italienisch, arabisch, türkisch, kroatisch und albanisch. Geplant sei die Fortsetzung des spanischen und die Einführung des polnischen MSU. Für die Erteilung der türkischen Sprache stehen momentan 11 Lehrkräfte zur Verfügung und für die anderen Sprachen: 1 griechische, 1 italienische, 1 arabische, 1 kroatische und 1 albanische Lehrkraft. Anzumerken sei hier, dass nicht alle Lehrkräfte über volle Stellen verfügten. Am türkischen Unterricht nehmen 2024 Schülerinnen und Schüler in insgesamt 91 Gruppen teil. 79%, d.h. 143 Unterrichtsstunden in der Primarstufe (türkischer MSU) finden im Vormittagsbereich statt. Im Nachmittagsbereich finden 21% des Unterrichts (38 Unterrichtsstunden) statt. In der Sekundarstufe I werden 33% (23 Stunden) im Vormittags- und 46 Stunden im Nachmittagsbereich angeboten. Am Ende der Sek. I (Klasse 10) steht eine Sprachprüfung, das Ergebnis beeinflusst die Durchschnittsnote auf dem Abschlusszeugnis. Hierdurch können Ausgleichsmöglichkeiten für nicht ausreichende Leistungen in anderen Fremdsprachen erreicht werden. Es setze voraus, dass die Schülerinnen und Schüler regelmäßig an dem Unterricht teilnehmen und Vorleistungen in schriftlichen und mündlichen Prüfungen nachweisen. In diesem Zusammenhang schildert Herr Drescher die vielfältigen Probleme, die mit dem Angebot des MSU zusammen hängen. So sei es immer schwierig, einen authentischen und rechtzeitigen Bedarf zu ermitteln, was für die Planung des Unterrichts unabdingbar sei. Es sei schwierig, Schülerinnen und Schüler mit gleichem Sprachniveau in einer Gruppe zusammen zu fassen. So müssten z. T. Schüler unterschiedlichen Alters, Sprachniveau, Vorkenntnissen und Leistungsunterschieden in einer Gruppe zusammengefasst werden. Dazu kämen noch unterschiedliche Interessen der Eltern und Schüler. Viele Eltern wollten

z.B., dass ihre Kinder den Mal- und Sportunterricht nicht verpassten. Oft wollten die Schülerinnen und Schüler selbst den Unterricht besuchen. Hinzu kämen schulorganisatorische Schwierigkeiten. Jede Schulleitung entscheide selbst, wann der Unterricht angeboten werde. Dabei gelinge es den Schulen nicht immer, parallel zum Religionsunterricht eine Gruppe zusammen zu stellen. Aus verschiedenen Jahrgangsstufen müssten Schülerinnen und Schüler in einer Gruppe unterrichtet werden. Es gelinge niemals, die Zufriedenheit aller Eltern zu erreichen. Das Problem des Einsatzes der Lehrkräfte könne nicht zufriedenstellend gelöst werden. So müssten viele Lehrer an einem Tag an verschiedenen Schulen unterschiedliche Gruppen unterrichten. Z.B. unterrichtete der kroatische Lehrer in verschiedenen Kreisen in OWL. Herr Drescher weist darauf hin, dass in absehbarer Zeit keine Lösung für die Einstellung neuer Lehrkräfte zu erwarten sei. Er sei damit auch nicht zufrieden, zumal das Land demnächst nur Lehrer mit dem zweiten deutschen Staatsexamen einstellen werde.

Nach diesen Ausführungen beantwortet Herr Drescher Fragen der Mitglieder. Frau Betancourt–Hein stimmt Herrn Drescher zu, dass es momentan sehr schwierig sei, qualifizierte Lehrkräfte, z.B. für den Spanischunterricht, zu finden. Herr Düger berichtet, dass die Lehrerin einer Schule seit Monaten krank sei und es keine Vertretung für sie gäbe. Ferner stellt er fest, dass es seit dem letzten Jahr zwei Stellen weniger seien. Herr Eraslan kritisiert insgesamt die Haltung der Schulpolitik und der Schulaufsicht wegen des Umgangs mit dem MSU. Obwohl festgestellt worden sei, dass der Anteil der Schülerinnen und Schüler ständig zunehme, nähmen aber das MSU–Angebot sowie die Anzahl der Lehrkräfte ab. Durch das Pendeln der Lehrer am gleichen Tag an verschiedenen Schulen könne ein qualitativ guter Unterricht von den Lehrern nicht erwartet werden. Er weist auf den Umstand hin, dass in den Migrantenfamilien auch die muttersprachliche Kompetenz abnehmen würde. Er erinnert daran, dass der alte Ausländerbeirat über Jahre das Problem des MSU thematisiert habe, aber jedes Mal höre er die Argumente von den zuständigen städtischen Behörden, dass das Land entscheidet. Er sei über diesen Zustand sehr empört und appelliere an die Politik, in dieser Frage tätig zu werden. Es könne nicht sein, dass das Problem, das seit Jahren besteht und in Zukunft verschärft auftreten werde, nicht angegangen wird. Herr Aka fragt, ob das Problem des MSU an der Bültmannshofschule gelöst sei. Herr Koyun weist erneut auf die Bedeutung der Muttersprache hin. Er sei froh, dass er den MSU besucht habe. Dies helfe ihm jetzt, als Diplom-Sozialpädagoge in seinem Beruf mit Migrantenfamilien zu arbeiten. Ferner fragt er, welche Voraussetzungen notwendig seien, um einen kurdischen MSU an den Schulen anzubieten. Frau Rathsmann–Kronshage merkt an, dass das Angebot MSU nicht unmittelbar an den Bedürfnissen der Zielgruppe orientiert sei, sondern an den schulorganisatorischen Gegebenheiten. Sie fragt, ob die Einstellung von muttersprachlichen Teilzeitkräften möglich sei. Und welche Voraussetzung erfüllt sein muss, um eine Sprache als Fremdsprache an den weiterführenden Schulen anzubieten. Frau Adilovic-Berends erinnert daran, dass der Migrationsrat in dem bildungspolitischen Papier diese Fragen angesprochen habe, und bis heute habe man keine konkrete Lösung erzielen können. Herr Tas schlägt vor, eine Initiative auf Landesebene für die Einstellung neuer Lehrkräfte vorzunehmen. Die Entwicklung zeige, dass langfristig der MSU nicht mehr existieren werde. Er sei der Meinung, dass dies bewusst in Kauf genommen werde. Frau Pohlreich unterstützt das Anliegen der Eltern, das Angebot in kurdischer Sprache anzubieten. Sie habe bis jetzt keinen Ansatz für eine Lösung, wie es mit dem MSU weitergehen solle, wenn viele Lehrer nächstes Jahr in Rente gehen sollten. Vor Jahren hatte sie ein Gespräch mit einem Schulaufsichtsbeamten geführt, der ihr versichert habe, dass es momentan keine Lösung gebe und heute höre sie das Gleiche. Frau Argyriadou erklärt, dass auch der griechische Unterricht in Herford nicht mehr stattfinde und bis jetzt keine Lösung gefunden worden sei. Sie teile die

Kritik von Herrn Erarslan in dieser Frage.

Herr Drescher führt aus, dass er die Erwartungen nicht erfüllen könne. Über die Einstellungen entscheide das Land NRW und in absehbarer Zeit sehe er keine Signale, dass es Neueinstellungen geben werde. Viele Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die das 1. und 2. deutsche Staatsexamen erworben haben, hätten auch nicht unbedingt die Motivation, den normalen Unterricht zu verlassen und an verschiedenen Schulen MSU zu unterrichten. Wenn „grünes Licht“ vom Land käme, würde er schnell handeln. So sei auch die Einstellung von Teilzeitkräften nicht möglich, denn viele Lehrkräfte hätten feste Arbeitsverträge. Übrigens sei es rechtlich nicht möglich, den Pflichtunterricht zu Gunsten des MSU abzubauen. In diesem Zusammenhang problematisiert Herr Drescher, dass einige Lehrkräfte von Seiten der Eltern nicht akzeptiert würden. So müsse er sich auch mit solchen Fragen auseinandersetzen.

Frau Argryiadou hält das Thema für so komplex, dass es nicht in einer Sitzung gelöst werden kann.

Auf Antrag von Herrn Puhlmann wird die Debatte über den Punkt beendet.

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 7 - Drucksache *

-.-.-

Zu Punkt 8

Kinder- und Jugendförderplan für Bielefeld für die laufende Legislaturperiode

Frau Prizebilla-Voigt erläutert anhand der Beschlussvorlage der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 2320) den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Bielefeld für die laufende Legislaturperiode. Sie schildert zunächst die Gründe für die Aufstellung dieses Planes: Der Landtag des Landes NRW habe am 06.10.2004 das 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Gesetz zur Förderung der Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (KJFöG) beschlossen. Das Gesetz sei am 01.01.2005 in Kraft getreten. Es seien Rahmenbedingungen für die inhaltliche und finanzielle Ausgestaltung dieser Bereiche neu geregelt worden. In der Beschreibung der Aufgaben und Ziele des kommunalen Kinder- und Jugendförderplanes seien Schwerpunkte des KJFöG aufgegriffen: Beteiligung, Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen, geschlechtsspezifische Angebote in der Jugendarbeit, interkulturelle Bildung, Berücksichtigung besonderer Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in Sozialräumen, Kooperationen von Jugendhilfe und Schule sowie Förderung des ehrenamtlichen Engagement. In diesem Kontext habe eine zentrale Arbeitsgruppe die Grundsätze und Handlungsfelder der Jugendarbeit für Bielefeld vorgelegt. Dabei sei die besondere Situation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund berücksichtigt worden, denn alle Einrichtungen hätten festgestellt, dass insbesondere in der offenen Kinder- und Jugendarbeit viele Migrantenkinder und -jugendliche die Angebote in Anspruch nähmen. Diese Aspekte würden in dem Plan ausführlich dargestellt. Dabei weist sie auf die Anlagen zum Plan hin. Die Kinder- und Jugendarbeit sei in Bielefeld durch eine Vielfalt der Angebote und Träger gekennzeichnet.

Sie bittet um Fragen und Anregungen der Mitglieder.

Frau Betancourt-Hein fragt, ob es konkrete Angebote für die besonderen Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund gebe. Die Jugendverbände verträten die Interessen eigener Jugendgruppen. Wie können die Jugendlichen mit Migrationshintergrund ihre Interes-

sen artikulieren? Ferner fragt sie, wo Migrantinnen und Migranten Informationen über Angebote erhielten und ob ein Konzept für die interkulturelle Jugendarbeit existiere.

Frau Adilovic-Berends bemängelt die verspätete Beteiligung des Migrationsrates. Die Gremien hätten ihre Beschlüsse längst gefasst, so dass der Migrationsrat sich nicht im Nachhinein einbringen könne. Frau Prizebilla-Voigt weist darauf hin, dass alle Angebote in Bielefeld von Migrantenjugendlichen in Anspruch genommen würden - was dazu führe, dass andere Jugendgruppen fernblieben. Dies sei nicht im Sinne der Integration. Jugendverbandsarbeit sei hier eine Ausnahme. Sie sei historisch entstanden und handele in dieser Frage autonom. Sie arbeite aber z.B. im offenen Ganztagsbereich, wo viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund betreut würden. Die Informationen über die Angebote werden z.B. über Regionalkonferenzen sowie Trägerinformationen weitergeleitet. In Bezug auf die Beteiligung des Migrationsrates sei sie davon ausgegangen, dass die Mitwirkung des Interkulturellen Büros ausgereicht hätte. Sie werde in Zukunft darauf achten.

Herr Puhlmann dankt Frau Prizebilla-Voigt für die hervorragende Arbeit. Im Gegensatz zu vielen Kommunen werde in diesem Plan die Integration der Kinder und Jugendlichen als eine Herausforderung definiert, nicht als Problem. Die Fokussierung auf Kompetenzen und Ressourcen der Migrantinnen und Migranten bringe eine andere, neue Sichtweise auf die Integration. Die positive Besetzung des Themas sei die Grundlage des vorigen Förderplanes. So unterscheide sich Bielefeld von anderen Kommunen. Auf die Frage von Herrn Aka in Bezug auf bestimmte Jugendgruppen in der Stadt verweist Frau Prizebilla-Voigt auf die Altersstruktur, die Zuständigkeiten der Ämter müsse diesbezüglich geklärt werden.

Herr Tas fragt nach den Möglichkeiten der Stadt darauf hinzuwirken, Leiter mit interkulturellen Kompetenzen einzustellen. Denn er stelle fest, dass einige freie Träger Einstellungen vornähmen, die dazu führten, dass viele Jugendliche fernblieben. Darauf antwortet Frau Prizebilla-Voigt, dass die Träger selbst entscheiden, wen sie einstellen, aber der Migrationsrat habe die Möglichkeit, sich über die interkulturellen Aktivitäten der jeweiligen Einrichtungen zu informieren. Frau Rathsmann-Kronshage hält diesen Förderplan wichtig für die politische Steuerung. Nicht zusätzliche Gelder würden benötigt, sondern aufgrund dieses Planes könnten Umverteilungen vorgenommen werden.

Beschluss:

Der Migrationsrat nimmt die Beschlussvorlage mit der Drucksachen-Nr. 3220 zustimmend zur Kenntnis.

- einstimmig -

* Migrationsrat - 21.03.2007 - öffentlich - TOP 8 - Drucksache *

-.-.-

Auf Vorschlag von Frau Pohlreich und angesichts der fortgeschrittenen Zeit werden mit dem Einverständnis der Referentinnen und Referenten die Punkte 9 und 10 auf die nächste Sitzung des Migrationsrates am 25.05.2007 verschoben.

Frau Argryiadou bedankt sich für das Verständnis und schließt die Sitzung.

Kyriaki Argyriadou
Vorsitzende

Sag